

Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Ar. 576. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 196. Zweite Ausgabe

Mittwoch, 9. Dezember 1903.

Deutsches Reich.

Negative Tätigkeit.

Wie der „Vorwärts“ mittelt, will die sozialdemokratische Partei in der bevorstehenden ersten Tagung des neuen Reichstages ihre Tätigkeit nach zwei Richtungen entfalten. In erster Linie will sie in eine grundsätzliche Kritik bestehender Zustände eintreten, dann aber will sie, um dem Vorwurfe, eine rein negative Partei zu sein, begegnen zu können, eine große Zahl praktischer Reformvorschlüge machen. Damit sagt das sozialdemokratische Parteiorgan nichts Neues; auf diese beiden Richtungen, die im Grunde genommen, auf dieselbe Ziel hinauslaufen, hat sich die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie schon immer erstreckt. Die grundsätzliche Kritik, welche die sozialdemokratische Presse und Reichstagsfraktion den bestehenden Zuständen angedeihen läßt, begreift nicht, wie dies die Aufgabe jeder öffentlichen Kritik sein muß, Wertes anerkennen und begründen, wobei über notwendige Mängel auszusprechen, um eine Besserung herbeizuführen. Die sozialdemokratische Kritik hat vielmehr den Zweck, über alles Bestehende, sei es dem Staat, sei es dem Leben, über alles Lebens- und Gesellschaftsordnung in möglichst weiten Kreisen und möglichst hohen Maße zu verbreiten.

Man weiß also schon im voraus, wie die sozialdemokratische Kritik im neuen Reichstage beschaffen sein wird. Die „Genossen“ werden sich zunächst einzelne in letzter Zeit herorgetretene Mängel aus dem Vordruck nehmen und, obwohl diese Mängel von jedermann im Volk und in der Regierung wahrlich schon genug verurteilt werden, sich so anstellen, als sei es die Sozialdemokratie allein, die es wage, diese Dinge zur Sprache zu bringen und auf Besserung zu bringen. Dabei wird es nach der alten sozialdemokratischen Taktik an Liebertreibungen und Verallgemeinerungen der scharf bedauerlichen Einzelfälle nicht fehlen; denn der feste Endzweck solcher „Anlagen“ lautet immer, nur durch die von der Sozialdemokratie angestrebte Beseitigung der Dinge auf sozialistischer und republikanischer Grundlage könne es anders werden. Der Parteipolitiker, der dabei zutage zu treten pflegt, ist aber diesmal weniger als je angebracht. Die Sozialdemokraten haben auf dem Trianon-Parteitage und in den darauffolgenden Auseinandersetzungen gegenüber sich derart selbst beleuchtet, daß auf eine starke Korruption im sozialdemokratischen Lager geschlossen werden muß. Das deutsche Volk wird sich danach fragen müssen, doch Männer, die von ihren eigenen Genossenschaftsgenossen in so wenig empfehlenswerter Weise charakterisiert werden, unmöglich geeignet sein können, eine neue, bessere Staats- und Gesellschaftsordnung zu schaffen und gar zu leiten.

Das Vortreten der sozialdemokratischen Kritik im Parlament wie in der Presse geht darauf hinaus, im Volk allgemeine Unzufriedenheit und Misstrauen gegen die herrschenden Gewalten zu erwecken. Die Sozialdemokraten haben darum die ausgesprochenen Absichten, dem deutschen Volk die Freude und den Stolz am Vaterlande zu nehmen. Alles was von ihnen in den Staub gezogen, nichts läßt ihr gefälliger Kritik stand. Ob durch das Ansehen des Deutschen Reiches vor dem Auslande herabgesetzt wird, kümmert die Partei der Revolution — wie der „Vorwärts“ neuerdings seine Partei zurechtfindend — nicht; ja, sie hat ihre Freude daran, wenn ausländische Stimmen ihre Anerkennung über dieses schmähliche Treiben ausprechen. Ein sozialdemokratisches Blatt, die „Frankfurter „Volkstimme“, hat erst in diesen Tagen dem deutschen „Reichsboten“ geschrieben. Wie bedürftig müssen die Deutschen im Auslande sich fühlen, wenn dortige Mütter mit Tugendfreude auf solche Auslassungen, die jedes väterländischen Gefühls bar sind, hinweisen.

Man wird im Reichstage jedenfalls von der die Hälfte vermehrten sozialdemokratischen Fraktion scharfe Vorwürfe zu erwarten haben; es ist aber nicht daran zu zweifeln, daß diese auch einer scharfen Abwehr begegnen werden. Und nicht nur das; auch Defensivkräfte werden hoffentlich gegen die Sozialdemokratie diesmal, da sie so viele bewunderte Stellen bereitet, nicht fehlen. Was nun aber die praktische Reformvorschlüge anlangt, die der „Vorwärts“ in Aussicht stellt, so wird sich wohl niemand darüber täuschen, daß auch diese nur einen demokratischen Zweck verfolgen. Wirklich ausführbare Reformen kann ja die Sozialdemokratie nicht wollen; denn sie will die heilige Ordnung nicht verbessern und dadurch Befestigen, sondern stürzen. Darum hat auch die ganze sozialpolitische Gesetzgebung nur unter Kämpfen gegen die Sozialdemokratie zustande kommen können.

Von den praktischen Reformvorschlügen weiß der „Vorwärts“ aus der „schwarzen Menge“, die angeblich in der Sozialdemokratie vorhanden sind, nur zu nennen: Einführung des Reichstagswahlrechts auch für Frauen in sämtlichen deutschen Bundes- und Kommunalvertretungen; Abschaffung des lebenden Heeres, dagegen Errichtung einer Volkswache; Abschaffung der indirekten Steuern und Zölle;

unbeschränkte Koalitionsfreiheit und Einführung des Achtstundentages. Das sollen „praktische“ Vor schläge sein! Es klingt wie Ironie, wenn das der „Vorwärts“ behauptet. Nicht einmal in der Sozialdemokratie werden derartige Forderungen ernst genommen. Das Einbringen der erwähnten Anträge hat also einen positiven Zweck überhaupt nicht, sondern soll nur Material zu möglichst breiter Verbreitung utopischerer Pläne liefern. Die Sozialdemokratie wird sich hiernach auch im neuen Reichstage nur als eine Partei der reinen Negation und Impotenz erweisen, der es nur darauf ankommt, von der Parlamentaristik aus das Volk aufzuwecken.

Die Feldzugsbriefe des Generals v. Kreischman.

Die mehrfach erwähnten Feldzugsbriefe des Generals v. Kreischman, die von seiner Tochter, der Frau des Sozialdemokraten Braun, herausgegeben worden sind, werden vielfach von der sozialdemokratischen Presse abgedruckt, weil sie teilweise recht ungünstige Bemerkungen über unsere Soldaten und unsere Kriegsführung enthalten. So hatte das Münchener sozialdemokratische Blatt kürzlich folgenden Brief abgedruckt: „Am 15. November schreibt er aus Teiel: Ob wir morgen hier bleiben, ist noch unbestimmt. Sens, ein Ort von 11 000 Einwohnern, ist schon so an den Hellen so laß ausgedehnt worden. Das wollen wir nicht hingehen. Und tags darauf doch aus Sens: Diesen Ort haben die heillosen Bundeskrieger in einer unangenehmen Weise mitgenommen. Ein Militär zieht auf die Straße, zwei Offiziere nötigen ihn vom Pferde, der eine nimmt dies, der andere den Sattel. Ein Soldatstrolcher mit einem Schanzknecht, der die Witze gibt, seinen Schießfuß zu haben, und als sein Kopf den Eckrand erreicht und er es verhindern will, da schießt der Stabsoffizier den Witze tot. Solche Dinge können einem den Krieg wirklich verleben.“

Das Organ der heillosen militärischen Beratern vor der Entscheidung und verantwortlich für die folgende Erklärung, die die völlige Gallioigkeit der Behauptungen des Briefes erweist:

„An dem Vormarsche in die Weite im November marschierte die heilige Division über Fontainebleau, gar nicht über Sens. Dieser Ort wurde vom 12. auf den 13. November besetzt gehalten von einem Seitenbataillon, bestehend aus 2 Eskadrons Infanterie-Regiments Nr. 12 unter Major Reiterer v. Gyllenstein und der Kompanie des 1. Infanterie-Regiments (Garde) unter Major v. Sauer-Weitz (jetzt 10. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 115) unter Hauptmann Waller. Bei der Kompanie, die damals nur 170 Mann stark war, befand sich noch ein Offizier, Leutnant Widel. Also ein heilloses Stabsoffizier war gar nicht dort. Die andere Eskadre konnte sich also auch nur mit den beiden genannten Herren abgeben. Beide Herren sind noch am Leben, und der damalige Kompaniechef, heutige Oberleutnant A. D. Waller, fällt sich und seinen Leutnant schwer gekannt. Tatsache ist: Das Detachement trat am 12. November, mittags 1 Uhr, in Sens ein, die eine Eskadre wurde weiter geschickt, die Mannschaften wurden, was nicht auf Bude kam, im Reiterseminar untergebracht, die Offiziere im Hotel de l'Écu. Die Verpflegung wurde von der Stadt geliefert. Das Detachement verließ seinen exponierten Posten am 13. November, vormittags 10½ Uhr, wo es von einer preussischen Kompanie, vermutlich vom Infanterie-Regiment Nr. 9, abgeholt wurde. In der Zeit von 1 Uhr mittags am 12. bis 10½ Uhr morgens am 13. fand in Sens nichts vor, was die Öffentlichkeit aufsehen hätte. Die Bevölkerung war freundlich, die Stadt leerte alles, und das Infanterie Detachement in einer Individualität von 12 000 Einwohnern hätte gewiß alle Hände gelockt, seinen Unwillen in der Bevölkerung wahrzunehmen. Außerdem wollen wir hier bemerken, daß Herr Oberleutnant Waller in der Lage ist, Briefe an seine Frau nachzuweisen, die in Sens und unmittelbar nach Sens geschrieben sind und ebenfalls die Entladung durch seine eigene Anschauung schließen und anders lauten, als die des Herrn v. Kreischman. Andere heilige Truppen waren im November nicht in Sens. Diese Angaben können von sämtlichen noch lebenden damaligen Angehörigen der Kompanie, gerade wie von deren damaligen Chef, Leutnant und Feldwebel, richtig bestätigt werden.“

Von verschiedenen Seiten wird mit Recht gefordert, daß diese unheimlichen Fälschungen und Liebertreibungen in den Briefen des verstorbenen Generals amtlich entgegengetreten werden sollte.

Ein Antrag über Soldatenmishandlungen ist bekanntlich kürzlich im Ausschuss der bayerischen Kammer der Reichsräte verhandelt worden. Nach dem jetzt veröffentlichten amtlichen Protokoll erklärte der Kriegsminister Freiherr v. Aich, es werde von Fall zu Fall zu erwägen sein, ob nicht gegen Vorgesetzte, welche sich Soldatenmishandlungen hätten zu Schulden kommen lassen, in der von den Antragstellern gewünschten Weise vorgegangen werden müsse. Die Strafflose für den Interoffizierskapitalisten sei die, daß die Kapitulation gelöst werden müsse. Die Offiziere sei in Fällen, wo es sich um wiederholte Verfehlungen gehandelt habe, bisher für die Verabreichung Allerhöchsten Ortes bestraft worden. Auch er möchte einen Vorgesetzten, unter dessen Kommandoführung Ausdrehungen wiederholt vorkämen, nicht davon freisprechen, daß er es an der nötigen Beaufsichtigung haben lassen könne. Ein Offizier müsse seine untergebenen Organe so genau kennen, daß er wissen müsse, welchen Leuten er in dieser Richtung trauen könne; wenn er es an der nötigen Beaufsichtigung haben lassen könne, so sei hieraus zweifellos ein Vorwurf zu er-

heben. Er gehehe, daß er, wenn ein Antrag auf Verabreichung eines Offiziers aus solchen Gründen an ihn gelange, keinen Anstand nehme, denselben zu befreieren. Er wolle dem Antrage nicht entgegenreten, aber in der Prüfung, welche derselbe in der Zweiten Kammer erhalten habe, sei er wohl nicht recht gangbar. — Der Ausschuss nahm hierauf folgenden Antrag an: „In der Erwägung, 1. daß der Herr Kriegsminister erklärte, er werde die Soldatenmishandlungen mit aller Strenge entgegenreten und in den dazu geeigneten Fällen die Entfernung der beteiligten Offiziere aus dem aktiven Dienste beantragen, die Kapitulation der Interoffiziere aber, welche solcher Verfehlungen sich schuldig machen, lösen, 2. daß gegen den Beschluß der Kammer der Abgeordneten, insofern die Kammer der Reichsräte, über den Beschluß der Kammer der Abgeordneten zur Tagesordnung überzugehen.“

Der Liberalismus als Vertreter des Großkapitals. „Herrn. Jg.“ bedeutet, was bisher immer auf das entscheidende von ihr bestritten worden ist, jetzt den Liberalismus als „den parteipolitischen Träger“ des mobilen Kapitals. Das nationalliberale Organ schreibt bei dieser Gelegenheit:

„Dem Liberalismus erwidert die undankbare Aufgabe, für den höchst unpopulären Vorschlag, das mobile Kapital, in die Schranken der Weisheit des milden Ertragsrechtes oder Erfolgsrechtes zu verweisen. Seine Lage war ungenügend schwierig. Aber es verschleierte sie noch ganz genaug durch eine einseitige dogmatische Stellungnahme, die irrtümlicherweise in allen Fällen des bürgerlichen Lebens den tatsächlichen Erfolg auf die Existenz zurückführt, mit anderen Worten aus dem Erfolg an sich heraus auf seine Berechtigung abstrahiert und schließlich, die sozialen Ursachen der erfolgreichen Existenz gegenüber der erfolglosen Weisheit zu betonen. Damit hat er sich im Unrecht gesetzt und dem Gegner eine Angriffsfläche gegeben, die bei der ohnehin schwierigen Vertretungsbewertung eine empfindliche Niederlage herbeiführen mußte und herbeiführen hat. Die Vertreter und Helfer des mobilen Kapitals müssen sich in weit ausgebreiteter Weise auf ihre sozialen Pflichten bestimmen, als es bereits geschehen, und die liberale Partei als solche muß nach dieser Richtung einen harten existenziellen Druck auf ihre Anhänger und Genossen ausüben. Es braucht dabei nur auf das vorbildliche Beispiel einer Substantiellen Einzelheit und darin getrieben zu werden, daß die Ausnahmen zur Regel werden. Wenn der Liberalismus für das unpopuläre mobile Kapital in die Schranken tritt und damit seine Haut zu Markte trägt, dann kann und muß es auch verlangen, daß alle Vertreter dieses mobilen Kapitals sich bei dem Liberalismus und bei den Liberalen erweisen und eine sozialliberale Politik im besten Sinne des Wortes betreiben, nicht nur aus Liberalismus, sondern aus weitblickendem Selbstinteresse.“

Wenn nicht hier wieder auf das „weitblickende Selbstinteresse“ der Großkapitalisten hingewiesen und eine „sozialliberale“ Politik empfohlen würde, so könnte man die Nachschäfer der „Nationalen Zeitung“ als sehr vernünftig bezeichnen. Die Betonung des „Selbstinteresses“ aber erinnert doch an Leibhart an den „Kontinental-Standard“ des b. Siemens'schen Handelsvertrags-Bereins, um das Verlangen nach einer „sozialliberalen“ Vertretung klingt doch zu Wort-Plausibilität, als daß man nicht merken sollte, was hinter den schönen Nachschäfer steckt.

Nationalsozial und Freiwirtschaft Volkspartei. Die beiden rechtsfreien Führer der Nationalsozialen, die ihre Partei so tief in den Sumpf gerieten haben, daß sie darin stecken geblieben ist, gerieren sich jetzt als Negeneratoren des Liberalismus. v. Gerlach erklärte jüngst, der Abgeordnete Eugen Richter sei nicht mehr wert, Parteiführer zu sein. Naumann aber schreibt, die Freiwirtschaft Volkspartei begehe sich, ohne mandatsmäßig viel zu erreichen, durch ihre Anlehnung nach rechts auf einen Weg, der von wirklichen Liberalismus abführe. Die beiden Herren besitzen beinahe die „Verächtlichkeit“ eines Weidring. Mit fast den gleichen Worten haben sie früher über konservative Führer den Stab gebrochen und über „wirklichen Konservatismus“ Reden ausgeleitet. Nun hätte man doch annehmen sollen, sie würden selbst einmal praktisch zeigen, wie es gemacht werden müsse, um ein Partei-Wortler zustande zu bringen. Aber bis jetzt haben sich Partei-Genossen, noch niemals so anmaßend und insolvent gezeigt wie die genannten Herren. Jetzt treten sie als Helfer des Liberalismus auf; wir erwarten aber mit einem gewissen Behagen, daß sie die mühseligsten demjenigen Teil des Liberalismus, an dessen Schöße sie sich hetzen, in den Sumpf hinein, retten“ werden.

Ein Jubiläum des Auswärtigen Amtes. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Bereits unter Kurfürst Friedrich Wilhelm war, um der Gesamtheit des Staatsrates den Einblick in die Geheimnisse der hohen Politik zu verschaffen, die Bearbeitung der politischen Sachen einem bestimmten Mitgliede dieses Amtes übertragen worden. Seitdem hat es sich in der Folgezeit als ein Vorrecht erwiesen, daß die Angelegenheiten des Auswärtigen Amtes durch Instruktion vom 4. Dezember 1651 übertragen worden. Auf „Vortellung“ König Friedrich Wilhelms I. verfaßte der damals als Leiter der preussischen Politik wirkende Heinrich Adolph von Sagen eine Denkschrift, über die Affäre public am besten zu führende Art.“ Diese Denkschrift, die in ihren Grundzügen vom König

